

perspektiven



***Antidiskriminierungsberatung für M-V +++ Rassistische Gewalt 2016 auf Höchststand
Refugees Welcome in Szczecin +++ »Identitäre Bewegung« plant Stützpunkt im Norden***

Liebe Leserin,
lieber Leser,

die Rechte ist europaweit antieuropäisch eingestellt. Es gehört zu den vielen unlogischen Bestandteilen der nationalistischen Ideologien, dass dennoch die europäische Vernetzung der Rechten voranschreitet.

So gibt es offensichtlich Kontakte der vorpommerschen Neonaziszene nach Polen - als hätte es den Angriffskrieg nie gegeben, als wären antipolnische Agitation und Gewalttaten nicht Bestandteil der hiesigen rechten Szene.

Rassismus ist das einigende Band deutscher und polnischer Neonazis, die sich bei Aufmärschen und Propagandaaktionen gegen Geflüchtete unterstützen.

Doch weil es auch jenseits der Oder engagierte Menschen gibt, die sich den Rechten entgegenstellen, haben wir schon vor einiger Zeit ein Interview geführt, das wir nun in diesem Newsletter veröffentlichen wollen.

Ebenfalls europäische Wurzeln hat die »Identitäre Bewegung«, die auch in Mecklenburg-Vorpommern aktiv ist. Einen Überblick zu dieser relativ neuen rechten Gruppierung gibt ein Artikel am Ende dieses Newsletters.

Impressum:

PERSPEKTIVEN / Mai 2017

Hrsg.: LOBBI e.V. / Tilly-Schanzen-Str. 2, 17033

Neubrandenburg / 0395.455 07 18


mail@lobbi-mv.de

V.i.s.d.P.: Robert Schiedewitz

Titelfoto: Vorpommersche Neonazis bei einem Aufmarsch in Szczecin (Quelle: LOBBI)

Bitte informieren Sie uns, wenn Sie den Rundbrief [nicht mehr] regelmäßig oder per Mail erhalten wollen.

Ältere Ausgaben des LOBBI-Newsletters finden Sie auf unserer Internetseite unter:

 www.lobbi-mv.de/perspektiven

Mehr als Gewalt

Verprügeln, Feuer legen, Ermorden, Scheiben einwerfen, durch die Stadt jagen – mit diesen gewalttätigen Formen der Ausgrenzung setzt sich die LOBBI seit 15 Jahren in Mecklenburg-Vorpommern auseinander und berät die Angegriffenen. Aber immer wieder hören wir in diesen Gesprächen von Diskriminierungen, die nicht durch physische Gewalt umgesetzt werden. Im Mai 2016 hat das Modellprojekt Antidiskriminierungsberatung bei der LOBBI begonnen. Ziel ist es, in Absprache mit anderen Initiativen, Vereinen, Selbstorganisationen und Institutionen bis zum Ende des Jahres 2017 eine bislang fehlende tragfähige Struktur im Land zu entwickeln.

Nur auf den ersten Blick ist es verwunderlich, dass die „kleinen Dinge“ den Betroffenen manchmal mehr zusetzen als ein tätlicher Angriff. Einen Job oder eine Wohnung nicht zu bekommen, auf der Behörde geduzt, an der Tür eines Clubs abgewiesen, im Supermarkt ständig von der Security verfolgt zu werden – wenn dies beispielsweise nur aufgrund der Hautfarbe geschieht, kann das den Alltag zum Horror machen und im schlimmsten Fall die Existenz bedrohen. Der LOBBI fehlte es bislang an den Ressourcen und dem fachlichen Knowhow für den Umgang mit diesen Diskriminierungen. Beratungsanfragen zeigen, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt. Bedenkt man, dass viele Menschen, die aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Identität, der (vermeintlichen) Herkunft, der Religion, einer Behinderung und des Alters diskriminiert werden, keine Ansprechpartner*innen haben, ist ein hoher Bedarf an Unterstützung zu vermuten.

Ein gesetzlicher Auftrag

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich; niemand darf aufgrund individueller Merkmale benachteiligt werden – so steht es in Artikel 3 des Grundgesetzes. Vor mehr als zehn Jahren ist zudem das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Kraft getreten. Der Europäische Gerichtshof musste die Bundesrepublik erst per Gerichtsurteil zu diesem Gesetz zwingen.

Mit dem AGG verfügen Betroffene von Diskriminierung nun zwar über einen einklagbaren Gleichbehandlungsanspruch im Arbeits- und Zivilrecht. Dieses und andere Gesetze allein reichen jedoch nicht aus, um Benachteiligungen zu verhindern und einen wirksamen Schutz zu bieten. Neben der Arbeit

an einer gelebten Antidiskriminierungskultur ist Beratung eine zentrale Säule, um Betroffene dabei zu unterstützen, ihr Recht auf Gleichbehandlung – über das Gesetz hinaus – geltend zu machen.

Warum Beratung

Ausgrenzungen sind eine Belastung. Als beabsichtigter oder unbeabsichtigter Angriff auf die Würde, Selbstbestimmung und Identität einer Person können sie eine Vielzahl an Gefühlen – Verletzung, Selbstzweifel, Ohnmacht, Wut – hervorrufen und neben den emotionalen auch ganz konkrete soziale und materielle Folgen haben.

Für viele Betroffene ist die Anerkennung ihrer Erlebnisse in der Beratung bereits ein wichtiger Schritt im Umgang mit dem Erlebten. Nicht selten haben sie zuvor die Erfahrung gemacht, dass ihnen nicht geglaubt oder das Erlebte heruntergespielt wird. Entscheiden sie sich zu weiteren Interventionen, so ist die Palette an Handlungsmöglichkeiten recht vielfältig. Beispielhaft sei das Verfassen von Beschwerdebriefen, Gespräche mit der diskriminierenden Partei, das Anregen von Schulungen oder Trainings zu bestimmten Diskriminierungsformen, Öffentlichkeitsarbeit oder das Einreichen einer Klage genannt.

Eine professionelle Antidiskriminierungsberatung ist jedoch weit mehr als Einzelfallbegleitung. Um nachhaltig Veränderungen zu bewirken und ähnliche Diskriminierungen zu verhindern, bedarf es u.a. der Arbeit an der Veränderung der diskriminierenden Strukturen und Praxen, etwa politischer Lobbyarbeit zur Beseitigung diskriminierender Gesetze, Netzwerk- und Gremienarbeit sowie einer allgemeinen Sensibilisierung für das Thema.

Modellprojekt

Wenngleich vor allem selbstorganisierte Interessenvertretungen schon lange Betroffene in konkreten Situationen so gut es geht unterstützen, handelt es sich bei qualifizierter Antidiskriminierungsberatung um ein vergleichsweise neues Angebot. Seit der Gründung des *Antidiskriminierungsverbandes Deutschland (advd)* im Jahr 2007 sind sukzessive weitere Beratungsangebote entstanden. Auch können sich Betroffene jederzeit telefonisch oder schriftlich an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes wenden. Eine Beratung, die Qualitätsstandards erfüllt und darüber hinaus wohnortnah erreichbar ist, gibt es jedoch noch längst nicht in allen Bundesländern – so auch nicht in Mecklenburg-

Vorpommern. Diesem Umstand soll mit dem bei der LOBBI angesiedelten Modellprojekt Antidiskriminierungsberatung begegnet werden.

Einen wesentlichen Teil des Modellprojekts macht die fachliche Einarbeitung und Weiterbildung aus. Zwar blickt die LOBBI auf langjährige Erfahrungen in der Beratung nach rassistischen oder rechten Übergriffen zurück, Antidiskriminierungsberatung ist jedoch ein eigenständiges Feld der Sozialen Arbeit, das andere Herangehensweisen und Interventionsmethoden erfordert. In diesem Zusammenhang ist auch geplant, im Rahmen einer modellhaften Beratung erste praktische Erfahrungen zu sammeln. Diese wird sich aufgrund der fachlichen Vorerfahrung und den begrenzten Ressourcen voraussichtlich zunächst an Betroffene rassistischer Diskriminierung richten.

Erste Schritte

Um bestehende Potentiale zu erfassen und Doppelstrukturen zu vermeiden, wurden in einem ersten Schritt Fachgespräche mit verschiedenen Projekten, Initiativen und Selbstorganisationen geführt. Ziel war es, einen Eindruck vom Unterstützungsbedarf in Bezug auf verschiedene Diskriminierungsmerkmale zu erhalten und bereits vorhandene Angebote zu erfassen. Dabei hat sich gezeigt, dass sich Betroffene eher selten direkt an die Projekte wenden, um eine erfahrene Diskriminierung zu besprechen. Um die Betroffenen adäquat im Sinne einer qualifizierten Antidiskriminierungsberatung unterstützen zu können, fehlt es den meisten Initiativen jedoch an Erfahrung und/oder Ressourcen. Wie diesem Umstand begegnet werden kann, war darum Gegenstand erster gemeinsamer Treffens im März und Mai 2017. Zu hoffen ist, dass sich damit ein gemeinsames Antidiskriminierungsnetzwerk bildet, wie es auch in anderen Bundesländern existiert. Dies wird nötig sein, um das Thema erfolgreich in der öffentlichen Wahrnehmung und der Landespolitik setzen zu können. ■



Antidiskriminierungsberatung
c/o LOBBI
Hermannstraße 35
18055 Rostock
0170.528 29 97
antidiskriminierung@lobbi-mv.de



www.antidiskriminierungsstelle.de



www.antidiskriminierung.org

»Was haben die Menschen gegen uns?«

Noch nie musste die LOBBI so viele rechte Angriffe registrieren wie seit Anfang 2015. Diese Angriffe sind in ihrer großen Mehrzahl rassistisch motiviert. Betroffen sind vor allem Geflüchtete oder andere Menschen, denen ein migrantischer Hintergrund zugeschrieben wird. Ihre Hoffnung, in Frieden leben und sich eine bessere Zukunft aufbauen zu können, weicht einer tiefen Verzweiflung, die von dem Gefühl geprägt ist, mit einer feindlich gesonnenen Umwelt konfrontiert zu sein.

In Stralsund wird ein Mann rassistisch beleidigt und dann attackiert. Auf dem Weg nach Spantekow wird ein iranisches Paar beschimpft und mit einer abgebrochenen Flasche angegriffen. In Rostock wird eine Frau, die mit ihrem Kind unterwegs ist, von einem Nachbarn beleidigt und anschließend geschlagen. In Bad Kleinen wird ein syrischer Mann mit einer Flasche beworfen und mehrfach getreten. Fensterscheiben von Flüchtlingsunterkünften wurden in Ueckermünde, Kirch Grambow, Lalendorf, Jördenstorf, Viereck und Velgast zerstört.

Verzweiflung macht sich breit

„Was sollen wir denn tun?“ oder „Wer kann uns helfen?“ oder „Was haben die Menschen hier gegen uns?“. Diese Fragen hören die Beraterinnen und Berater der LOBBI in den letzten Monaten immer häufiger. Und tatsächlich ist die Lage der Betroffenen prekär und ihre Situation unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht deutlich von Personen, die aus anderen rechten Motiven angegriffen werden. Viele Betroffene leben unter belastenden Wohnverhältnissen in Gemeinschaftsunterkünften, haben nur einen stark eingeschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung oder eine unsichere Bleibeperspektive. Im Gegensatz zu vielen anderen Betroffenen können sie die Angriffsorte, etwa den Bahnhof der Kleinstadt, in der sie leben müssen, kaum meiden. Auch nach gehäuften Angriffen haben sie meist keine Möglichkeit, weiteren Attacken durch einen Umzug in eine andere Stadt zu entgehen.

Schwierige Ermittlungen

Fast immer werden Angriffe gegen Geflüchtete von rassistischen Beleidigungen begleitet. Viele Betroffene können diese jedoch nicht verstehen, weil ihre Sprachkenntnisse dafür noch nicht ausreichen. So bleibt aus polizeilicher Perspektive das Motiv des Angriffs zunächst unklar.

Am Tatort eintreffende Beamtinnen und Beamte sind oft ebenfalls nicht in der Lage, sich mit den Betroffenen zu verständigen. Sie suchen daher häufig vor allem den Kontakt zu anwesenden Deutschen. Da nur selten Augenzeugen und -zeuginnen

anwesend sind, handelt es sich eben oft um die Täter*innen selbst. So haben diese die Möglichkeit, ihre Version des Geschehenen zum Besten zu geben und damit die Ermittlungen von Anfang an zu beeinflussen.

Selbstbewusste Angreifer*innen

Dieser Umstand scheint rassistischen Schläger*innen durchaus bewusst zu sein. Daher unternehmen sie oft gar nicht mehr den Versuch, vom Tatort zu fliehen, bevor die alarmierte Polizei eintrifft. Betroffene berichten von Angreifer*innen, die sich ganz sicher geben, dass ihnen keine Strafe droht, weil ihnen ja geglaubt wird. Wenn am Tatort dann ausschließlich mit ihnen das Gespräch gesucht wird, fühlen sie sich in dieser Annahme bestärkt. Nicht selten sind Anzeigen gegen die eigentlichen Betroffenen Folge solcher Konstellationen.

Das Vertrauen schwindet

Solche Erlebnisse steigern nicht gerade das Vertrauen in den hiesigen Rechtsstaat. Viele Betroffene sind ohnehin unsicher, ob sie einen Angriff zur Anzeige bringen sollen. Sie fürchten, dass eine Anzeige ihr laufendes Asylverfahren negativ beeinflussen könnte. Oder sie haben von Bekannten erfahren, dass Verfahren eingestellt wurden, weil etwa die Staatsanwaltschaft trotz offensichtlichem rassistischen Motiv kein öffentliches Interesse sieht. Wieder andere wissen von Aussagesituationen bei der Polizei zu berichten, die ohne Übersetzung stattfinden, obwohl sie deutlich gemacht haben, dass dies notwendig ist. Oder sie sahen sich bereits mit Beamten und Beamtinnen konfrontiert, die kaum einen Hehl daraus machten, dass sie ihren Schilderungen wenig Glauben schenken.

Hilflose Helfer*innen

Rassistische Angriffe haben Folgen, die weit über die unmittelbar Betroffenen hinausreichen. Sie schüchtern all jene ein, die diese Attacken auf sich selbst beziehen müssen, weil ihnen klar ist, dass es ihnen in einer vergleichbaren Situation wahrscheinlich ähnlich ergangen wäre.

Dies wiederum hat Folgen für all jene, die mit Geflüchteten arbeiten – egal, ob beruflich oder in der ehrenamtlichen Unterstützung. Sie sind ebenso ratlos, wie zunehmender Gewalt auf der Straße oder im Umfeld von Unterkünften zu begegnen ist. Sie wissen nicht, was sie Menschen sagen sollen, die nicht verstehen können, warum die Täter*innen nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Vielleicht wurden sie aber selbst schon beschimpft oder bedroht, weil sie jenen helfen wollen, die von so vielen abgelehnt und zu Sündenböcken für alle nur denkbaren Probleme gemacht werden.

Konsequenzen ...

Auch an den Beraterinnen und Beratern der LOBBI geht all dies selbstverständlich nicht spurlos vorbei. Bereits die Anzahl der Angriffe führt sie regelmäßig an ihre Kapazitätsgrenzen. Vielen wichtigen Tätigkeiten etwa in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Prävention oder Dunkelfeldrecherche können sie kaum noch nachgehen.

Auch die Ausgestaltung der einzelnen Beratungstermine wird immer anspruchsvoller. Kaum eine Beratung ist ohne Übersetzung möglich, und die kostet Zeit. Gleichzeitig ist der Rede- und Unterstützungsbedarf oft deutlich höher als in anderen Beratungskontexten. So bringt die Dauer der einzelnen Termine oft alle Beteiligten an ihre Belastungsgrenzen, ohne dass alle Probleme zufriedenstellend bearbeitet werden können. Ein Verweis an weiterführende Unterstützung vor Ort oder spezialisierte Beratung etwa zu asylrechtlichen Fragen ist häufig nicht möglich, weil entsprechende Strukturen und Angebote vor Ort nicht existieren. Der Umgang mit Kompromissen und provisorischen Lösungen wird so zum Alltag und stellt grundlegende Beratungsstandards regelmäßig in Frage.

Perspektiven...

Die Berater und Beraterinnen reagieren auf diese Situation vor allem auf zwei Ebenen. Einerseits unternehmen sie alles ihnen Mögliche, um den Betroffenen Wege aufzuzeigen, wie sie erlebte rassistische Angriffe und deren Folgen verarbeiten können. Dazu gehört auch, behördliches Agieren zu erklären und rechtliche Rahmenbedingungen aufzuzeigen, um ganz generell einen selbstbewussten Umgang mit staatlichen Stellen zu ermöglichen.

Andererseits müssen sie die Grenzen der eigenen Möglichkeiten reflektieren und diese den Betroffenen offen vermitteln. Damit sind nicht nur die ange-

sprochenen begrenzten Kapazitäten oder fehlende weiterführende Unterstützungsangebote gemeint, sondern auch die unterschiedlichen Positionen. Alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der LOBBI sind weiße Deutsche, also Menschen ohne eigene Rassismuserfahrungen. Damit können sie Ansätze von Selbstorganisation und -artikulation der Betroffenen zwar unterstützen und begleiten, aber selbst kaum vorantreiben. Doch gerade solche Prozesse haben das Potential, die Situation von Flüchtlingen in Mecklenburg- Vorpommern nachhaltig zu verbessern.

...und Forderungen

Solidarität an der Seite der Betroffenen wird aber auch weiterhin bedeuten, politische Forderungen auf den verschiedensten Ebenen zu formulieren. Dies beginnt bei der konsequenten strafrechtlichen Verfolgung. Ein rassistisches Motiv ist bei jedem Angriff gegen Geflüchtete zu prüfen und in den Ermittlungen ggf. aktiv und entsprechend dokumentiert auszuschließen. Haupt- und ehrenamtliche Hilfe und Beratung muss ausgebaut und ausreichend unterstützt werden, nicht nur finanziell.

Rassistischer Hetze muss auf allen Ebenen und in all ihren Formen konsequent begegnet werden, nicht nur wenn sie von organisierten Neonazis getragen wird. Und schließlich müssen Rassismus Betroffene endlich die breite gesellschaftliche Unterstützung erfahren, die ihnen zusteht. Ein Bleiberecht für diese Menschen, wie kürzlich für das Land Brandenburg beschlossen, wäre dabei ein wichtiger Schritt und ein deutliches Signal, auch an die Szene der Täter*innen. ■

Sind Sie selbst betroffen?
Haben Sie rechte Gewalt beobachtet oder davon gehört?

Rechte Übergriffe und Diskriminierungen werden häufig nicht öffentlich.

Ihre Mitteilung kann helfen, dass wir den Betroffenen unser Unterstützungsangebot übermitteln können.

Außerdem können wir so das Ausmaß rechter Gewalt dokumentieren.

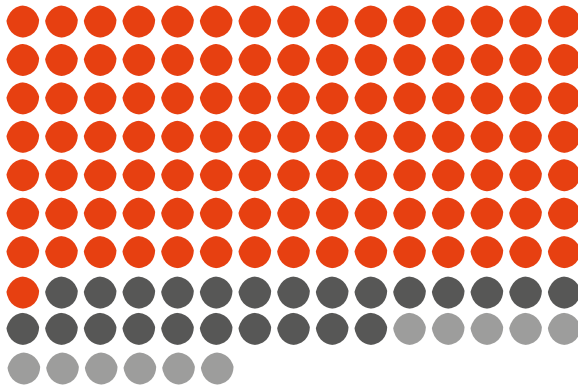


Meldeformular unter:
www.lobbi-mv.de/melden

Rechte Gewalt 2016 in Zahlen

LOBBI registrierte in Mecklenburg-Vorpommern für das Jahr 2016 so viele rechte Körperverletzungen wie noch nie in der Geschichte des Vereins. Mehr als zwei Drittel der rechten Angriffe waren rassistisch motiviert.

149 ANGRIFFE MIT 290 BETROFFENEN



106 TATEN WAREN
RASSISTISCH MOTIVIERT

24 TATEN GEGEN POLITISCH AKTIVE

11 TATEN GEGEN »NICHT RECHTE«
UND »ALTERNATIVE«

Etwa drei Viertel der Angriffe wurden von **zwei oder mehr Personen** verübt. In 38 Fällen handelte es sich um Einzeltäter.

Statistisch gesehen ereignete sich 2016 etwa **alle 2,5 Tage** ein rechter Angriff.

107 KÖRPERVERLETZUNGEN 14 ZIELGERICHTETE SACHBESCHÄDIGUNGEN
4 BRANDSTIFTUNGEN
21 BEDROHUNGEN, NÖTIGUNGEN, VERSUCHTE KÖRPERVERLETZUNGEN



Etwa die Hälfte der Angriffe ereigneten sich im **öffentlichen Raum**. 33 Angriffe fanden im Wohnumfeld der Betroffenen statt.

Schwerpunktregionen waren die Stadt Rostock und der Landkreis Vorpommern-Greifswald.

Etwa zwei Drittel der Betroffenen sind **Männer**.

LOBBI-Beratung 2016 in Zahlen

Von den zwei Regionalbüros aus sind die Berater und Beraterinnen landesweit tätig. Die meisten Beratungsgespräche finden aufsuchend am Wohnort der Betroffenen statt.

141 BERATUNGSFÄLLE

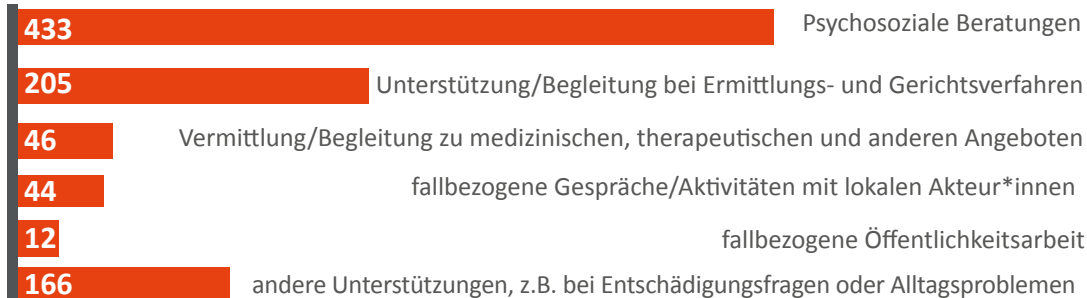


202 BERATENE MENSCHEN, DAVON 168 DIREKT BETROFFENE

UND 34 ZEUG*INNEN, ANGEHÖRIGE, INDIREKT BETROFFENE

Ein Viertel der beratenen Personen hat sich selbst an die LOBBI gewandt. Über die Hälfte wurde **durch Kooperationspartner*innen vermittelt**. In den restlichen Fällen wurde der Kontakt über ehemalige Ratsuchende, Bekannte oder Angehörige hergestellt.

mehr als 900 Beratungstätigkeiten



Neben der individuelle Beratung arbeitete die LOBBI 2016 in **Fachgremien** wie dem landesweiten Beratungsnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern und dem bundesweiten Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt mit.

Etwa zwei Dutzend Mal beantwortete die LOBBI Anfragen von regionalen, nationalen und ausländischen Medien. Der Verein lieferten Zuarbeiten zum Thema NPD-Verbotsverfahren, für zwei Fachpublikationen und beteiligte sich an einer Anhörung zur psychosozialen Prozessbegleitung. Mehrere Vorträge und Workshops gehörten ebenfalls zur **Öffentlichkeitsarbeit**.

»Viele haben sich von der schlimmsten Seite gezeigt«

Auch in Polen wird der Umgang mit Flüchtlingen kontrovers diskutiert. In diesem Zuge kommt es auch zu Anfeindungen und Übergriffen. Über die Situation im deutsch-polnischen Grenzgebiet sprach die LOBBI im letzten Jahr mit Jan Gorski von »Refugees Szczecin«.

Jan, eure Gruppe gibt es seit September 2015. Was hat euch dazu bewegt, die Gruppe zu gründen?

Im Herbst 2015 begann die Zahl der Flüchtlinge nach Europa und auch nach Polen zu steigen. Viele Meldungen aus anderen Ländern waren Akte der Solidarität. Zur selben Zeit zog sich durch das polnische Internet eine Welle des Hasses. Viele Polen haben sich von der schlimmsten Seite gezeigt, indem sie Menschenrechte und die Sensibilität für das Leid anderer vergaßen. Mit Entsetzen habe ich festgestellt, dass sich diesmal nicht nur radikale Gruppen sehr negativ gegenüber den Neuankömmlingen verhielten, sondern dass dieses Verhalten immer mehr Menschen betraf. In Gesprächen mit Bekannten traf ich immer wieder auf eine Mauer aus Aggression, Feindschaft und totaler Unwissenheit. Wir erkannten, dass man irgendwie der Radikalisierung entgegenwirken muss.

Was sind eure Ziele und was macht ihr konkret?

Grundlegend fokussieren wir unsere Tätigkeit in zwei Richtungen. Erstens bemühen wir uns in und auf die polnische Gesellschaft einzuwirken. Unserer Einschätzung nach ist der Schlüssel für eine wirksame Flüchtlingshilfe eine offene und tolerante Gesellschaft, die zur Integration von Neuankömmlingen aus fremden Ländern und Kulturen bereit und willig ist. Ohne dies helfen nicht einmal die besten Hilfsprogramme und der beste Wille von Seiten der Gesetzgeber. Deswegen organisieren wir Filmvorführungen, Diskussionen, Bildausstellungen, Workshops für Kinder und Erwachsene, und wir planen auch, zukünftig Veranstaltungen in Schulen durchzuführen.

Unseren zweiten Bereich stellt die Soforthilfe dar. Deswegen haben wir Kleidung, später Fahrräder und elektronische Geräte, die beim Erlernen von Sprachen helfen, gesammelt. Wir haben Spielzeug für Kinder und Schulartikel gesammelt. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass man Menschen,

die sofortige Hilfe benötigen, jetzt helfen muss, und dass sie nicht auf die Verbesserung der gesellschaftlichen Einstellung warten können. Jedoch ist es uns genauso bewusst, dass nur eine Veränderung der gesellschaftlichen Einstellung eine dauerhafte Lösung darstellt, die den Neuankömmlingen eine Chance zur Integration in die Gesellschaft gibt.

Gibt es auch andere Initiativen, die euch unterstützen?

Aktuell arbeiten wir am aktivsten mit der Stiftung »Ocalenie« (auf deutsch: »Rettung«) und der Initiative »Dom otwarty« (auf deutsch: »Offenes Haus«) zusammen. Im Hinblick auf die Tatsache, dass Szczecin an der polnisch-deutschen Grenze liegt, bemühen wir uns auch darum, eine Zusammenarbeit mit deutschen Organisationen aufzubauen. Wir haben eine Kleidungssammelaktion organisiert und später eine Fahrradsammelaktion, bei der die Fahrräder zu grenznahen Flüchtlingsunterkünften gebracht wurden. Das Ganze geschah in Zusammenarbeit mit den Akteuren von »Perspektywa« aus Löcknitz und »Pasewalk hilft«.

Wie schätzt ihr allgemein die politische Situation in Polen und vor allem in Szczecin ein?

Die regierende PiS ist eine konservative, rechte Partei mit deutlichen pro-katholischen Sympathien. Das an sich bewirkt schon, dass Flüchtlinge, die weitgehend Muslime sind, von den Anhängern der Partei nicht gerne gesehen sind. Darüber hinaus gewährt die PiS noch radikaleren und extremeren Gruppierungen wie »Młodzież Wszechpolska« (auf deutsch: »Allpolnische Jugend«) und »Obóz Narodowo Radykalny« (ONR) (auf deutsch: »Nationalradikales Lager«) leise Unterstützung. Vor allem die zweite Gruppierung ist offen nationalistisch und hat Verknüpfungen mit vielen rechtsextremen Gruppen in Europa. Ein Beispiel dafür ist Teilnahme von Deutschen aus der Organisation »Freies Pommern« an rechten Aktionen 2015 und 2016.

Aus der Chronologie 2016

Erfahrt ihr Einschüchterungsversuche von Seiten der Rechten?

Bedauerlicherweise kam es im letzten Jahres mehrfach zu Körperverletzungen mit rassistischem Hintergrund in Szczecin. Die Opfer waren hauptsächlich Menschen mit dunkler Hautfarbe. Leider sahen die Strafverfolgungsbehörden in diesen Gewaltakten keine rassistischen, sondern nur Hooliganausschreitungen. Für uns aber stehen die Berichte der Zeug*innen und Geschädigten außer Zweifel. In Bezug auf uns gab es lediglich direkte Einschüchterungsversuche nach einer Aktion am 13. Dezember 2015. An diesem Tag hatten wir eine Kundgebung organisiert, die auf eine sehr heftige Reaktion der extremen Rechten gestoßen ist. Gegen uns sind ungefähr 200 Anhänger der extremen Rechten auf die Straße gegangen. Dies waren hauptsächlich Fans von Pogoń Szczecin und Aktivisten der Allpolnischen Jugend und des ONR.

Zur Normalität sind aber Attacken im Internet geworden. Fast täglich erhalte ich irgendwelche hasserfüllten Nachrichten, die gegen mich oder das, was »Refugees Szczecin« macht, gerichtet sind. Man kann sich jedoch daran gewöhnen und seit längerem beeindruckt mich das nicht mehr sonderlich.

Was wünscht ihr euch für die Zukunft?

Auf diese Frage würde ich am liebsten antworten, dass wir nicht mehr notwendig sind. Denn das würde bedeuten, dass das System gut funktioniert, Leute, die Hilfe brauchen, diese erhalten, und die Gesellschaft die Neuankommlinge integrieren will. Leider sind die Chancen dafür eher viel zu gering.

In Stettin leben und arbeiten viele Ausländer. Es wäre lohnenswert, zu zeigen, dass sie die Gesellschaft der Stadt mitgestalten und dass es auf keinen Fall einen negativen Einfluss hat, dass sie ihre von unseren unterscheidbaren Bräuche, Kulturen, Küchen oder Religionen mitbringen. Das Interesse von Polen an den vielfältigen Kulturen der Neuankommlinge würde die Angst durchbrechen, die die Stereotype in Bezug auf Fremde antreibt.

Wir begrüßen auch immer mit offenen Armen den Willen zur Zusammenarbeit und zum Erfahrungsaustausch mit anderen Organisationen, vor allem mit Organisationen aus Deutschland. ■

10. Mai – Neubrandenburg

Ein Mann wird von einem Neonazi von hinten auf den Kopf geschlagen und erleidet dadurch eine Platzwunde. Der Angreifer sagt daraufhin: „Das hast du verdient, scheiß Zecke.“

11. Juni – Güstrow

Zwei Männer treffen in einer Parkanlage auf etwa zehn Deutsche, die sie sofort rassistisch beschimpfen und angreifen. Sie werden mit Schlagstöcken attackiert und so heftig verletzt, dass sie anschließend stationär im Krankenhaus behandelt werden müssen.

1. August – Schwerin

Ein Neonaziaktivist bewirft eine Gruppe migrantischer Jugendlicher mit einem Rucksack. Er hat sich verkleidet, brüllt »Allahu akbar« und will offensichtlich einen Bombenanschlag vortäuschen. Anschließend kommt es zu einer Auseinandersetzung zwischen den Jugendlichen und dem Werfer bzw. dessen Begleiter*innen.

29. August – Demmin

Zwei Frauen und zwei Kinder afghanischer Herkunft werden auf dem Heimweg vom Einkaufen attackiert. Eine der Frauen wird aus dem Angreifer-Trio heraus ins Gesicht geschlagen. Dabei rollt der Kinderwagen, in dem eines der Kinder liegt, auf die Straße. Schon zuvor wurden die vier von den Angreifern rassistisch beleidigt und bedrängt. Bei der Polizei geben die Täter als Grund für den Übergriff an, keine »Ausländer« zu mögen.

7. September – Ueckermünde

Ein Mann aus Afghanistan hilft einer schwarzen Frau, ihren Kinderwagen aus dem Bus zu heben. Daraufhin wird er von einem Mitfahrenden rassistisch beleidigt und mit einer Bierflasche ins Gesicht geschlagen. Der Betroffene trägt eine Schnittwunde davon, was den Täter nicht davon abhält, ihn weiter zu schlagen. Zuvor hatte der Angreifer die Frau im Bus bedrängt und Bier in den Kinderwagen geschüttet.

(Noch) Nicht viel bewegt

Das vergangene Wahljahr war prägend für die rechte Szene in Mecklenburg-Vorpommern – AfD in den Landtag, NPD raus. Wochenlang schauten Medien auf das Bundesland an der Ostsee. Eine Aufmerksamkeit, die die neurechte Jugendströmung „Identitäre Bewegung“ für ihre Propaganda nutzte. Deren Regionalgruppe in Mecklenburg-Vorpommern veranstaltete im Sommer 2016 zahlreiche Flashmobs, Agit-Prop-Aktionen, Flyer- und Verteilaktionen sowie einige wenige angemeldete Kundgebungen und machte so erstmalig breiter auf sich aufmerksam. Grund genug, einen Blick auf die Organisation und ihre Mitglieder in der Region zu werfen.

Inspiziert durch die Aktionen der französischen „Génération Identitaire“ gründete sich die erste im engeren Sinne identitäre Gruppierung in Deutschland 2012.

Kennzeichnend für die „Identitäre Bewegung“ (IB) sind vier Merkmale: Jugendlichkeit, Aktionismus, Popkultur und Corporate Identity. Anstatt mit Gesprächszirkeln oder politischen Pamphleten versuchen sie, mit poppigen Störaktionen wie Flashmobs oder Hausbesetzungen öffentlich auf sich aufmerksam zu machen. Mehr als die meisten klassischen Neonazi-Kameradschaftsstrukturen nutzen sie dabei die Vorteile der neuen Medien. Auf Facebook-Seiten, Blogs oder in Youtube-Channels werden kontinuierlich Berichte und Videos von den durchgeführten Aktionen veröffentlicht, und in regelmäßigen Beiträgen thematisieren sie sowohl Diskussionsstände zu ideologischen Fragen als auch aktuelle politische Geschehnisse. Im Gegensatz zum teils aggressiven Vorgehen anderer Neonazis legen sie einen professionellen Umgang mit Pressevertreter*innen an den Tag. So gibt das Führungspersonal der IB gern Interviews oder lädt Medien zu niedrigschwelligen Aktionen ein. Allgegenwärtig, sowohl im Webauftritt als auch auf Plakaten, Flyern oder Aufklebern, ist immer das schwarze Lambda auf gelbem Untergrund, unter dem sich die Gemeinschaft überregional und international vereinigt.

Ihre Ideologie ist vor allem von „ethnopluralistischen“ Vorstellungen geprägt, in denen Zuwanderung eine Gefahr für jeweils die eigene Kultur, Nation und Identität darstellt. Anstatt offen den Nationalsozialismus zu propagieren und Rassen zu konstruieren, versucht die „Identitäre Bewegung“ so unterschwellig eine Diskursverschiebung mit moderneren und vermeintlich positiv besetzten Begriffen.

Auch wenn die „Identitäre Bewegung“ alles versucht, ihr Nazi-Image mit einem smarten Lächeln abzuschaufen und sich gewaltlos geriert, bedient sie sich in der rechten Szene altbewährter Mittel, um ihre Ziele durchzusetzen. Nicht selten sind Einschüchterung und Gewalt die Instrumente gegen politische Feinde. Im vergangenen Sommer kam es bei einem Großaufmarsch der „Identitären Bewegung“ in Wien zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Im Januar zuvor lauerte eine Gruppe führender Österreichischer Identitärer den Teilnehmer*innen einer antifaschistischen Kundgebung auf und ging bewaffnet auf sie los.

Gut vernetzt

Seit nunmehr drei Jahren betreibt auch die regionale Gruppe IB MV einen Webauftritt via Facebook und

das Internetprojekt „Kontrakultur MV“. Die Anfänge verliefen schleppend, so dass sie mit Veranstaltungen, wie einem monatlich stattfindenden Stammtisch, einer Ostseewanderung oder einem Sommerlager auf Werbetour ging. Mittlerweile hat sich ein fester Personenkreis gebildet – die Anhänger*innenschaft setzt sich aus Burschenschaftler*innen, ehemaligen NPD-Anhänger*innen, Personen aus dem Umfeld völkisch-nationaler Siedlungsprojekte, ehemaligen Kameradschaftsmitgliedern, aber auch aus Personen ohne nennenswerte politische Vergangenheit zusammen.

Zum Personal gehören beispielsweise die drei Rostocker Studierenden Daniel Fiß, Hannes Krünägel und Eike Liefke. Ersterer ist ehemaliger NPD-Aktivist und mittlerweile Mitglied im Bundesvorstand der »Identitären«. Krünägel fungiert als »Regionalleiter« des Ablegers im Nordosten, und Liefke ist neben ihren IB-Aktivitäten Beisitzerin im Landesvorstand der AfD-Jugendorganisation »Junge Alternative«. Aus den Führungskreisen der neurechten Partei erfährt die Gruppe seit geraumer Zeit Unterstützung. Neben Facebook-Likes und Solidaritätsbekundungen wurden mit Albert Glas und Jan-Phillip Tadsen mindestens zwei Aktivisten der »Identitären Bewegung« von der Landtagsfraktion mit politischen Posten geadelt - als Mitarbeiter des Fraktionsvizes Holger Arppe und als Referent im Landesinnenausschuss.

Erstmals öffentlich in Erscheinung getreten sind die »IBster«, wie sie sich selbst in Anspielung an ihr vorgeblich »hippes« Auftreten nennen, während der Warnemünder Woche im Juli 2015. Landesweit versucht die Gruppierung mit inszenierten Kurz- und Kleinstaktionen, möglichst viel Aufmerksamkeit zu provozieren oder zumindest sich selbst herbeizuschreiben. Die Aktivitäten reichen dabei vom Verteilen rassistischer Flyer im Froschkostüm an der Zinnowitzer Promenade bis hin zum Fototermin im Rostocker Stadthafen, samt Rauchfackeln und Spruchbanner. Regionale Schwerpunkte waren bislang vor allem Rostock sowie das nahegelegene Ribnitz-Damgarten, wo eine Kundgebung mit knapp 100 Teilnehmenden den einzigen nennenswerten Aufmarsch der Gruppe in M-V darstellt.

Im Zuge der Debatte um das rassistische und antisemitische Weltbild des Namenspatrons der Greifswalder Universität trat die „Identitäre Bewegung“ im Schulterschluss mit der AfD erstmalig öffentlich wahrnehmbar im Osten des Landes auf. „Identitäre“ aus Mecklenburg-Vorpommern waren 2016 auch maßgeblich an einer Aktion in den

Bürräumen der Amadeu-Antonio-Stiftung und im Mai 2017 an einer versuchten Besetzung des Bundesjustizministeriums beteiligt.

Derartige Aktionen verschaffen den wenigen Aktiven viel mediale Resonanz – eventuelle strafrechtliche Verfolgung ist Teil der Rechnung.

Große Pläne...

Die kommenden Monate werden für die Identitären im Nord-Osten ereignisreich. Die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) hat angekündigt, ihren Hauptsitz nach Rostock zu verlegen. Grund dafür soll die hohe Dichte an IB-Funktionären sein, die in der Region wohnen. Im Gespräch sei ein Haus in der Rostocker Innenstadt. In diesem sollen zukünftig Lesungen, Veranstaltungen und Methoden-Trainings stattfinden.

Vermutlich spekuliert die IB darauf, dass seitens der Rostocker Stadtverwaltung mit keinerlei Problemen zu rechnen ist. So brüstet sich der Pressesprecher der IBD Daniel Fiß damit, dass sich Mitglieder der „Unabhängigen für Rostock“ (UfR), aus der auch der Rostocker Oberbürgermeister Roland Methling stammt, mit der IB MV zum inhaltlichen Austausch getroffen haben. Die UfR dementiert dies und spricht von einem zufälligen Zusammentreffen im gleichen Restaurant. Ein weiterer Schritt in die Seriösität der IB MV ist die Gründung des Vereines „Heimwärts e.V.“ im Oktober 2016 mit Sitz in Rostock. Dieser ermöglicht es den IB-Mitgliedern, unter dem Deckmantel des Vereines Räumlichkeiten anzumieten oder Veranstaltungen durchzuführen.

... kleine Basis

Natürlich bietet die »Identitäre Bewegung« Spielräume für Neues und spricht junge, rechte Jugendliche an, wo Altherren-Strukturen wie die NPD Grenzen aufzeigen oder Berührungspunkte mit subkulturell geprägten Neonazi-Szenen bestehen.

Jedoch sollte man nicht dem von der IB selbst propagierten Schein aufsitzen, dass es sich um eine neue Massenbewegung handelt, und ihr nicht mehr Aufmerksamkeit schenken, als ihr wirklich gebührt. Viel mehr als zwei dutzend einheimische Aktive sind in Mecklenburg-Vorpommern bei Aktionen nicht aufgetreten. Ihre erhoffte Wirkungsmacht ist so nicht zu erreichen.

Die kommenden Monate werden zeigen, welchen Weg die IB in Mecklenburg-Vorpommern geht. Wollen sie als kleine elitäre Kaderschmiede ideologisch gefestigen AfD-Nachwuchs produzieren und mit ein paar poppigen PR-Aktiönchen Aufmerksamkeit erregen? Oder sehen sie ihr Ziel darin, der zunehmend lethargisch scheinenden Neonaziszene des Landes gerade im jugendlichen Sektor neuen Schwung zu geben und tatsächlich eine Bewegung zu bilden? ■

Aus der Chronologie 2016

25. September – Wismar

Eine junge Frau wird von einem Mann aufgrund ihres Outfits beschimpft. Anschließend schubst er sie so heftig, dass sie stürzt und sich dabei leicht verletzt.

1. Oktober – Hagenow

Zwei junge Männer aus Syrien werden zunächst von zwei, später drei, Personen beschimpft und attackiert. Einer der beiden Angegriffenen muss sich später in ärztliche Behandlung begeben. An den beiden folgenden Tagen kommt es zu weiteren motivierten Angriffen. Dabei dokumentieren die Betroffenen u.a. Personen, die mit Messern bewaffnet sind, und rufen mehrfach die Polizei.

10. Oktober – Waren

Am Rande eines rechten Aufmarsches postieren sich mehrere Neonazis mit Schlagstöcken bewaffnet vor einem ihrer Szenetreffpunkte. Als einer der Rechten versucht, mit einem Baseballschläger auf Protestierende loszugehen, wird er von der Polizei zu Boden gerungen.

19. Oktober – Rostock

Ein jugendlicher Bewohner einer Unterkunft für Geflüchtete wird an seiner Schule von einem älteren Jugendlichen rassistisch beschimpft. Er will einem Streit aus dem Weg gehen, wird aber zusammen mit zwei Freunden später an einer Haltestelle von mehreren Jugendlichen erneut rassistisch beleidigt und angegriffen. Dabei wird ihm ein Finger gebrochen.

2. November – Greifswald

Bei einer Verkehrskontrolle werden zwei Polizisten durch Reizgas von einem sogenannten Reichsbürger attackiert. Der 29-Jährige widersetzt sich mit Unterstützung von Mutter und Bruder den Beamten bei der Kontrolle und flieht anschließend. Der Mann wurde zuvor schon per Haftbefehl gesucht.

mehr unter:  www.lobbi-mv.de/chronologie

Viele Betroffene leiden oft noch lange an den schwerwiegenden physischen, psychischen, materiellen und sozialen Folgen von Gewalttaten. Ein Ende der Gewalt gegen alle, die nicht ins rechte Weltbild passen, ist nicht in Sicht.

Um finanzielle oder andere materielle Belastungen, mit denen Betroffene und ihr Umfeld infolge eines rechten Angriffs konfrontiert sind, abzuwenden oder zumindest abzumildern, hat die LOBBI im Jahr 2014 einen eigenen Opferfonds für Betroffene rechter Gewalt ins Leben gerufen. Damit soll ein Beitrag zu einer erfolgreichen Verarbeitung des erlebten Angriffs und daraus resultierender Folgen geleistet werden.

Auch Sie können ein konkretes Zeichen der Solidarität mit den Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt setzen:

Spendenkonto

Ostseesparkasse Rostock
IBAN: DE82 1305 0000 0201 0388 46
SWIFT-BIC: NOLADE21ROS
Verwendungszweck: Opferfonds

lobbi-mv.de/opferfonds



Beraten

Die LOBBI berät nach rassistischen, homophoben, antisemitischen und anderen politisch rechts motivierten Angriffen die direkt Betroffenen, Angehörige, Zeuginnen und Zeugen. Wir unterstützen u.a. bei rechtlichen, finanziellen und psychischen Fragen. Das Angebot ist aufsuchend, freiwillig, kostenlos und auf Wunsch anonym. Eine Anzeige bei der Polizei ist keine Bedingung.

Stärken

Die LOBBI unterstützt die Selbstorganisation von Betroffenengruppen rechter Gewalt und vermittelt Netzwerkkontakte. Der Verein regt auf lokaler Ebene Prozesse an, die eine Solidarisierung mit den Opfern zum Ziel haben.

Informieren

Die LOBBI fördert die Wahrnehmung von Opferperspektiven in der Öffentlichkeit. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen recherchieren und dokumentieren den Umfang rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern. Über die Situation der Betroffenen informieren wir unter anderem mit Vorträgen und Infotischen.

Kontakt

Unsere Regionalbüros

LOBBI West

Hermannstraße 35
18055 Rostock
Mobil: 0170.528 29 97
Telefon: 0381.200 93 77
Fax: 0381.200 93 78
west@lobbi-mv.de



LOBBI Ost

Tilly-Schanzen-Straße 2
17033 Neubrandenburg
Mobil: 0160.844 21 89
Telefon: 0395.455 07 18
Fax: 0395.455 07 20
ost@lobbi-mv.de

LOBBI wird gefördert durch



Unsere Bankverbindung

LOBBI
Ostseesparkasse Rostock
IBAN: DE22 1305 0000 0205 0405 94
SWIFT-BIC: NOLADE21ROS